ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Diwok, Fritz

Article — Digitized Version

Schleichende Inflation: Wachstums- und konjunkturpolitisches Mittel oder Kapitulationsergebnis?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Diwok, Fritz (1963) : Schleichende Inflation: Wachstums- und konjunkturpolitisches Mittel oder Kapitulationsergebnis?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 9, pp. 371-376

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/133334

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ABHANDLUNGEN

Schleichende Inflation

Wachstums- und konjunkturpolitisches Mittel oder Kapitulationsergebnis?

Dr. Fritz Diwok, Wien

Die jüngste Empfehlung der EWG-Kommission, dem anhaltend starken Preisauftrieb in einigen Mitgliedsländern mit konjunkturdämpfenden Maßnahmen entgegenzutreten, verleiht der Fragestellung des folgenden Beitrags erhöhtes Gewicht. Zweifellos wäre es mit den verfügbaren Mitteln der Währungs- und Finanzpolitik möglich, völlige Preisstabilität herzustellen, notfalls eben unter Inkaufnahme von Stagnation und Unterbeschäftigung. Die Erfahrung spricht jedenfalls dafür, daß bei dem gegebenen Gruppenverhalten in der Markwirtschaft ein gewisser Konflikt zwischen Preisstabilität und Wachstumsforcierung herrscht. Da wohl keinem der beiden Ziele absolute Priorität eingeräumt werden sollte, führt der Kompromiß zur sog. schleichenden Inflation. Sie wird dann nicht als Instrument eingesetzt, sondern nur als Begleiterscheinung hingenommen, und es bleibt eine grundlegende Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den Preisauftrieb in möglichst engen Grenzen zu halten. Die Diskussion um das Für und Wider einer so konzipierten Wirtschaftspolitik wird aber — weil es letztlich doch um Werturteile geht — nicht abreißen. Der Verfasser der folgenden Abhandlung vertritt hier entschieden die Ansicht, daß die schleichende Inflation zur Förderung des Wirtschaftswachstums grundsätzlich ungeeignet ist.

Der Geldwertstabilität geht es ähnlich wie der Freiheit. Solange man glaubt, daß sie einigermaßen gesichert ist, kümmert man sich wenig um sie. Alles sei ohnedies schon hundertmal gesagt worden. Je besser der Preissteigerungsprozeß und seine Ursachen durch die Nationalökonomie und die soziologische Verhaltensforschung erklärt und allgemein verstanden werden, je zwingender die Gleichung Geldwertstabilität = Allgemeininteresse bewiesen wird, desto größer sind die Chancen, unerwünschten Inflationserscheinungen beizukommen.

„LOBBY" DER INFLATION

Den wissenschaftlichen Untersuchungen von Ackermann, Bombach, Föhl, Haberler, Hahn, Haller, Hansen, Peakoh, Röpke, Tinbergen, Weber, Wilson u. a. sowie den eindringlichen Warnungen von Persönlichkeiten wie Blessing, Carli, Erhard, Kamitz, Lloyd, Rueff, Schwegler steht die Phalanx der Vertreter des monetären Zynismus gegenüber. Sie hat für die geforderte „Achtung vor dem ungeschmälerten Wert des Geldes als einer kostbaren Reserve der menschlichen Gesellschaft" bestenfalls ein Lächeln und tut sie — gleich anderen „überholten Moralvorstellungen" — als unrealistisch ab.

Giscard d'Estaing hat kürzlich erklärt: „Auf dem Posten, den ich bekleide, habe ich festgestellt, daß die mächtigste, die einzig wirklich mächtige ‚lobby' jene der Inflation ist. Sie hat ihre eigene Philosophie: die Bequemlichkeit und ihre eigene Propaganda: die Demagogie. Viele dienen ihr, ohne es zu wissen. All die, welche auf eine übermäßige Preissteigerung drängen, und all die, welche unvernünftige Lohnerhöhungen zu erreichen trachten, sind die unbewußten Agenten der ‚lobby' der Inflation."

Es geht aber nicht nur um die „pressure groups", die gewissermaßen als Elitetruppen der Inflation den Kosten- und Preissteigerungen zu immer neuem Durchbruch verhelfen. Es geht mindestens ebenso darum, daß die allgemeine Apathie gegenüber der Geldwertzerstörung als Ausdrucksform der Inflationsideologie weit verbreitet ist.

Die Inflation soll hier nicht als jener zügellose Entwertungsprozeß der Jahre nach den beiden Weltkriegen, sondern als jene Geldwertminderung verstanden werden, die wir etwa seit der Korea-Krise, nach Überwindung der größten Wiederaufbauschwierigkeiten kennen.

In den fünfziger Jahren stellte Röpke das Phänomen der „importierten Inflation" in den Vordergrund. Bereitwillig griff man nach dieser Erklärung; saß doch der Schuldige jeweils im Ausland. Angesichts der Tatsache, daß heute alle Länder (einschl. der Schweiz) die Inflation als bodenständiges und laufend neu erzeugtes Produkt kennen, soll der „importierten Inflation" hier keine Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ebenso ist es im Sommer 1963, seit Aufhören der Deflationsdiskussionen des Jahres 1962, möglich, sich ohne große Umschweife mit den permanenten Preissteigerungen zu befassen. Die Warnung der EWG-Kommission Mitte Juli dieses Jahres vor „besorgnis-

erregenden Inflationstendenzen im Gemeinsamen Markt" und die Mahnungen mehrerer europäischer Notenbanken haben überdies das vorliegende Thema von neuem aktualisiert.

QUELLEN DES INFLATIONÄREN PREISSTEIGERUNGSPROZESSES

Ehe versucht wird, die „schleichende Inflation" in ihrer Bedeutung als währungs- und konjunkturpolitisches Mittel zu erfassen, scheint es notwendig, darzulegen, welches die Quellen eines inflationären Preissteigerungsprozesses sind bzw. sein können. Dabei bieten sich folgende Bereiche zur Untersuchung an:

1. Die monetären Inflationsquellen (übermäßige Vermehrung der Umlaufmittel)
2. Kreditgewährung als Inflationsquelle (Kreditexpansion zur Finanzierung des Investitionsbooms)
3. Die budgetären Inflationsquellen (permanente Defizite in den Haushalten der öffentlichen Hand)
4. Die fiskalischen Inflationsquellen (neue Steuern, Steuererhöhungen, Übersteuerung und ihre Überwälzung)
5. Kostensteigerungen als Inflationsquelle (Lohnkämpfe um größeren Anteil am Sozialprodukt)
6. Preise als originäre Inflationsquelle (Marktmacht und verhinderter Wettbewerb)

Übermässige Vermehrung der Umlaufmittel

Bresciani-Turroni[1]) hat kürzlich zur starken Vermehrung der Umlaufmittel Stellung bezogen:

> „In der Diskussion der letzten Wochen über die Ursachen des gegenwärtigen Preisanstiegs in unserem Lande ist, so scheint mir, ein wesentlicher Gesichtspunkt dieses Problems nicht klar genug herausgestellt worden, nämlich die Beziehungen zwischen der Ausweitung der Zahlungsmittel und der Erhöhung des Realeinkommens. ..... Gegenüber einer 6,1 %igen Steigerung des Umfanges des Bruttosozialprodukts — und einem 7,5 %igen Anstieg des Gesamteinkommens — haben die Zahlungsmittel in Italien im Jahre 1962 um 18,3 % im Vergleich zum Vorjahr zugenommen."

Ob und in welcher Weise die alte Quantitätstheorie heute noch zutrifft, wird meist sehr ungern untersucht. Einerseits mißt man nämlich den Veränderungen des Zahlungsmittel- bzw. des Geldvolumens und den alten Gleichungen zwischen Geldmenge und Gütermenge nur mehr zögernd Bedeutung bei. Andererseits wird das Verhalten der Notenbanken z. B. bei starker Aktivierung der Zahlungsbilanz durch Kapitalimporte nach wie vor zur Erklärung mangelnder Preisstabilität gern herangezogen.

Es ist zu bezweifeln, ob sich analog zur Verknappung von Goldmünzen, die in früheren Jahrhunderten zu Währungsaufwertung und Preissenkungen führte, heute die Verknappung von Zahlungsmitteln unter normalen Umständen irgendwie deflatorisch auswirken könnte. Niemand würde Verständnis dafür haben, wenn sein Anspruch auf Entlohnung oder Bezahlung nur deshalb verkürzt werden sollte, weil zu wenig Banknoten gedruckt worden sind. Niemand würde die in zu geringer Menge vorhandenen Zahlungsmittel wegen ihrer Knappheit höher bewerten; vielmehr hätte die Notenbank empörte Vorwürfe wegen der „Unterversorgung" mit Banknoten zu gewärtigen. Trotz einer Knappheit an Zahlungsmitteln würden heute die Preise vermutlich nicht fallen. Man würde eher dazu übergehen, in andere Formen des Zahlungsverkehrs auszuweichen, ohne deshalb das „wenige Geld" höher einzuschätzen.

Etwas anderes ist es mit den Guthaben der Kreditunternehmungen bei der Zentralbank, da diese Form der Notenbank-Passiva in einem direkten Zusammenhang etwa mit den von der Bank eskontierten Wechseln steht, also mit dem Geldschöpfungsapparat der Kreditwirtschaft verbunden ist. Zum anderen werden diese Guthaben durch Kapitaltransaktionen aus dem Ausland in entscheidender Weise kurzfristig beeinflußt. Man stelle sich vor, daß ein kleines Land A plötzlich von der finanzstarken Gruppe eines großen Landes B „entdeckt" wird und diese sich mit Leih- und Risikokapital an Unternehmungen des Landes A in einem Umfang von etwa 10 bis 20 Prozent des Banknotenumlaufes des Landes A beteiligt (ist vorgekommen). In der Annahme, daß die Kapitalexporte des Landes B im Land A zum Ankauf von heimischen Gütern und Leistungen verwendet werden, also nicht wieder zur Bezahlung von Importen abfließen, müßten sich bei vorhandener hoher Beschäftigung im Lande A zwangsläufig Preiserhöhungen ergeben.

Die quantitätstheoretischen Erkenntnisse sind also nicht völlig tot, sie sind nur durch die Kompliziertheit der Zahlungsmechanismen, die Dichte der internationalen Beziehungen, die Konvertibilität der Währungen, die Praxis der Haltung valutarischer Reserven im gegenwärtigen Gold-Devisen-Standard und die schwere Meßbarkeit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in ihrem Wert stark reduziert worden.

Wenn auch die heutige schleichende Inflation vermutlich nur zum geringsten Teil monetär bedingt ist, so darf die Möglichkeit monetärer Inflationsmechanismen vor allem im Zusammenhang mit den unter 2 und 3 genannten Inflationsursachen nicht übersehen werden. Insbesondere wirkt die Schatzscheinfinanzierung, von der die Öffentlichkeit meist keine Ahnung hat („Kassenstärkungsschatzscheine"), in dieser Richtung.

Ohne länger bei den Phänomena der kompensatorischen Inflationen im Ausland, den Zusammenhängen zwischen Wechselkursen und autonomer Stabilisierungspolitik, internationaler Liquidität, monetärer Integration bzw. der Zahlungsbilanzpolitik zu verweilen, sei festgehalten, daß natürlich Veränderungen in der

[1]) C. Bresciani-Turroni: „Die Wege der Inflation" in: „Corriere della Sera", Mailand, vom 14. 5. 1963, Übersetzung Deutsche Bundesbank / Auszüge aus Presseartikeln Nr. 41, 29. Mai 1963.

Praxis des Gold-Devisen-Standards zu sehr entscheidenden monetären Einflüssen auf Binnenliquidität und innere Kaufkraftstabilität führen können.

Kreditexpansion zur Finanzierung des Investitionsbooms

Sehr häufig wird auch der Kreditexpansion die Schuld an inflationären Vorgängen gegeben; vor allem dann, wenn die neu gewährten Kredite die dem Kreditapparat im Passivgeschäft zugeflossenen Einlagen bei weitem übersteigen. Geraten die kontraktiven Faktoren (Sichteinlagen, Termineinlagen, Spareinlagen und eigene Emissionen) gegenüber der Kreditexpansion über einen gewissen Zeitraum hinaus stark ins Hintertreffen, muß sich das inflationär auswirken. Auf längere Zeit ist das Gleichgewicht zwischen den expansiven und kontraktiven Faktoren im Kreditapparat notwendig.

Besonders in der Schweiz hat man der Kreditexpansion, die im Zusammenhang mit der Finanzierung des Investitionsbooms festzustellen war, häufig die Schuld an den inflationären Erscheinungen gegeben.

> „Unter den inländischen Ursachen für die steigenden Preise ist der Umstand zu nennen, daß die akute Konjunkturüberhitzung sich unter anderem in einem Investitionsboom äußert, durch welchen die geplanten Investitionsausgaben pro Jahr um rund zwei Milliarden über den Umfang jener Ersparnisse hinaus getrieben wurden, die aus den eigenen Quellen zur Verfügung stehen. Die Unternehmer möchten für die Erweiterung und Modernisierung ihrer Produktionsanlagen insgesamt eine Summe ausgeben, die weit höher ist als jene, die ihnen die Sparer (im weitesten Sinne des Wortes) zur Verfügung zu stellen bereit sind." [2])

In Wirklichkeit stehen bei dieser Betrachtung nicht die Banken unter Anklage, sondern die Investitions- und Bauvorhaben selbst, deren Ellbogen gewissermaßen stark genug sind, um sich — koste es, was es wolle — die Kredite zu ihrer Verwirklichung zu beschaffen. Wie weit im europäischen Bereich überhitzte Konjunktur und in den Entwicklungsländern nicht zu verkraftende Wachstumsanstrengungen samt der dazu gehörenden Finanzierung Inflation hervorrufen müssen und wie weit es sich dabei um eine im vollen Bewußtsein durchgeführte Konjunktur- und Entwicklungspolitik handelt, wird noch später erörtert werden.

Permanente Defizite in den Haushalten der öffentlichen Hand

Im Zentrum der Anklagen, den inflationären Prozeß zu schüren, steht aber heute der Staat i. w. S., also der Fiskus, die Gebietskörperschaften, die öffentliche Verwaltung in allen ihren Unterorganisationen.

„Inflationen wurden noch nie von den Banken gemacht, obwohl diese nach der bisherigen Theorie des Geldes allein Geldschöpfung vornehmen. Sie gingen vielmehr immer von Staatsdefiziten aus, wenn die Notenbank diese decken mußte." [3]) Wenn auch die ebenso simple wie weit verbreitete Vorstellung, daß die Budgetdefizite des Staates in der Regel durch das Drucken von Banknoten gedeckt würden, nicht zutrifft (Ausnahmen in den Entwicklungsländern gibt es), so verbreitet sich doch die Überzeugung, daß das laufende Ansteigen der Verschuldung selbst bei einem noch so klugen „debt management" nicht ohne schädliche Folgen für den Geldwert bleibt.

Die Behauptung, daß der Staat die Lücke zwischen den immer größer werdenden Ausgaben und den ihnen nachhinkenden Einnahmen in inflationärer Weise finanziere, wird selbst von sehr angesehenen Organen[4]) verbreitet. Was sich die öffentlichen Wirtschaftsverwaltungen an konjunktur- und geldwertwidriger Politik in den letzten Jahren geleistet haben, ist allgemein bekannt. Man hat für dieses Verhalten, besonders auf dem Bausektor, bittere Worte gefunden. Wenn jemand vom Range des Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank dazu das Wort ergreift, so wird man seinen Ausführungen ein hohes Maß an Objektivität zubilligen müssen:

> „Die Schweizerische Nationalbank will den Kampf gegen die Inflation mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln weiterführen. Allerdings bedarf sie dazu einer Mithilfe der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand, die aber zu wünschen übrig läßt. Unbekümmert um die Appelle der Nationalbank entfalten Kantone und Gemeinden eine ungezügelte Investitionstätigkeit." [5])

In vielen Ländern bedient sich die öffentliche Hand zur Unterbringung der öffentlichen Anleihen steuerlicher Anreize, die mehr oder minder als attraktives Zwangssparen bezeichnet werden können. Daß selbst dieses Zwangssparen dennoch in bezug auf den Geldwert kein unbedingt kontraktiver Faktor sein muß, sei am Beispiel Österreichs dargestellt:

Der Bund, die Länder, öffentliche Fonds und die vergesellschaftete Elektrizitätswirtschaft nehmen den österreichischen Kapitalmarkt seit fünf Jahren mit je 2,5 bis 4 Mrd. Schilling Obligationenemissionen in Anspruch. Um derartig große Beträge festverzinslicher Wertpapiere placieren zu können, gibt es für Selbständige und Unselbständige beachtliche steuerliche „incentives". Selbständige, Unternehmer und freiberuflich Tätige können 10 % ihres Jahresgewinnes in solchen Papieren (nach einem bestimmten Schlüssel für einzelne Obligationengruppen) anlegen. Wer nun meint, daß damit alljährlich Hunderte Millionen Schilling auf 15 bis 20 Jahre gebunden und dem Geldumlauf entzogen werden, irrt. Die Stücke der Bundesanleihen sowie die Obligationen der Ener-

---

[2]) Prof. Dr. Emil Küng: „Warum gehen die Preise in die Höhe", in: „Die Weltwoche", Nr. 1525 vom 1. 2. 1963.

[3]) „Nur der Staat macht Inflation", in: „Die Presse", Wien, vom 19. 4. 1963, Ausführungen von Prof. Rittershausen, Universität Köln, in einem Vortrag des Österreichischen Forschungsinstituts für Sparkassenwesen.

[4]) „How Much Inflation" (An Editional), in: „The Journal of Commerce", 10. 12. 1962: „Nearly everbody in the world can now recognize printing press inflation; the more subtle kind generated by a government spending more than it takes in while financing it in non-inflationary ways, is less recognizable by the public."

[5]) „Im Kampfe gegen die Inflation", in: „Börsen-Zeitung", Frankfurt, vom 4. 4. 1963, Ausführungen von Präsident Dr. Schwegler.

giewirtschaft dienen den betreffenden Unternehmern als zusätzliche und unabhängige Kreditgrundlage. Im Falle eines Gewerbetreibenden, der im Laufe der Jahre etwa 100 000 S steuerbegünstigter Obligationen gezeichnet hat, kann man mit größter Sicherheit annehmen, daß er auch einen ähnlich hohen Kredit bei seiner Depotbank in Anspruch genommen hat. Statt Eigenfinanzierung erfolgt Fremdfinanzierung. Die private Investitionstätigkeit bzw. Kapitalbildung erfolgt also zusätzlich zu den öffentlichen Vorhaben.

Neue Steuern, Steuererhöhungen, Übersteuerung und ihre Überwälzung

Relativ wenig Beachtung findet die Tatsache, daß die Steuerpolitik einer Reihe von Ländern in erheblichem Maße zur Geldentwertung beiträgt. Der langjährige österreichische Finanzminister und gegenwärtige Notenbankpräsident Kamitz hat in einer Reihe von Vorträgen darauf aufmerksam gemacht, daß die alten Unterscheidungsmerkmale in bezug auf die Überwälzbarkeit von Steuern (indirekte Steuern überwälzbar, direkte Steuern nicht überwälzbar) heute vielfach nicht mehr gelten. Was an seinen Feststellungen in diesem Zusammenhang relevant scheint, ist die Tatsache, daß auch direkte Steuern, je höher je eher, zum Anlaß von Preissteigerungen genommen werden. Zweifellos trifft dies besonders für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe zu, aber auch für die Kleinindustrie, den Handel und zahlreiche Dienstleistungsbetriebe. Eine Steuersenkungspolitik hat daher — und das wurde in Österreich zwischen 1953 und 1960 bewiesen — eine preisberuhigende Wirkung, während Steuererhöhungen zu allen möglichen Preiserhöhungen führen. Auch diese Erfahrung mußte man in Österreich in der letzten Zeit machen.

Während Steuererhöhungen oder die Einführung neuer fiskalischer Belastung mit einer geradezu überraschenden Sicherheit inflationäre Erscheinungen hervorrufen, kann auch eine an und für sich unveränderte steuerliche Belastung — je nachdem ob sie besonders hoch oder besonders tief liegt — zu einer preisrelevanten Unternehmermentalität und damit zu einer ganz bestimmten Preispolitik führen. Eine hohe bis prohibitive Besteuerung der Erträge wird — abgesehen von den Versuchen, sich ihr durch Steuerbetrug zu entziehen — in der Praxis zur Mentalität hoher Gewinnspannen führen, „damit etwas bleibt". Umgekehrt wird eine geringe Steuerlast den Umweg über besonders hohe Preise zur Erzielung eines entsprechenden Ertrags als überflüssig erscheinen lassen. Das Steuersystem kann also an sich schon den Keim zur Preisunruhe tragen.

Lohnkämpfe um größeren Anteil am Sozialprodukt

Während sich die Anklagen der Gewerkschaftspresse gegen ungerechtfertigte und unnotwendige Preissteigerungen der Unternehmer richten, antworten diese mit ständig neuen zahlenmäßigen Beweisen dafür, daß es die Lohnerhöhungen sind, die die Preise nicht zur Ruhe kommen lassen. Untersuchungen der Lohnhöhe und der Arbeitsproduktivität über eine Reihe von Jahren hinweg zeigen in den meisten Branchen und Ländern, daß die Löhne und Gehälter der Produktivitätsentwicklung immer weiter vorangeeilt sind. Daß es Wirkungen der sogenannten „Lohndynamik" auf das Preisgefüge gibt, wird wohl niemand in Abrede stellen können, der sich in einzelnen Betrieben oder Wirtschaftszweigen mit Tariffragen befaßt hat.

Die Kosteninflation hat ihren eigenen Mechanismus: Nachdem in den Branchen mit dem höchsten Produktivitätszuwachs ein Durchbruch auf der Lohnfront erzielt worden ist, werden die alten Relationen der Ecklöhne verschiedener Branchen zueinander „wiederhergestellt". Durch dieses Nachziehverfahren müssen auch Wirtschaftszweige, deren Produktivitätsentwicklung es nicht gestattet, bedeutende Kostenerhöhungen hinnehmen. Preiserhöhungen sind dann in den Betrieben mit schwachem Produktivitätszuwachs die unabdingbare Folge.

Lohn-Preisübereinkommen zwischen den Sozialpartnern (auf dem Rücken der Konsumenten) haben das Gefühl aufkommen lassen, daß wir uns in einer „säkularen Inflation" befinden. „Von ‚säkularer' Inflation soll dann gesprochen werden, wenn das allgemeine Preisniveau eines Landes sich, aus welchen Gründen immer, langfristig von dem Preistrend entfernt, welchen die allgemeine Zunahme der Arbeitsproduktivität erwarten ließe. Diesen ungewöhnlichen Sachverhalt finden wir heute in allen führenden Industrieländern unserer Hemisphäre vor." [6])

Daß die Lohnkämpfe sehr oft um einen höheren Anteil am Sozialprodukt geführt werden, wird heute ungern zugegeben, weil die Schmälerung der Unternehmergewinne, die in einem solchen Fall eintritt, nahezu automatisch mit dem Rückgang der Investitionsneigung wie auch der Möglichkeiten der Investitionsfinanzierung verbunden ist. Man hört es nicht gern, daß die Lohnpolitik in der Wirtschaft und die Sozialpolitik im Staate die Finanzierung neuer Vorhaben aus echten Ersparnissen zunehmend erschweren.

Marktmacht und verhinderter Wettbewerb

Zum Unterschied von den Preiserhöhungen, die sich als Ergebnis der unter 1 bis 5 genannten Ursachen der schleichenden Inflation zeigen und die man gewissermaßen als derivative Preiserhöhungen bezeichnen könnte, gibt es preispolitische Maßnahmen der Wirtschaft, die als originäre Inflationsursache festzuhalten sind. Gewisse Preiserhöhungen, die Verhinderung von Preisherabsetzungen dort, wo sie auf Grund gesamtwirtschaftlicher Verschiebungen zu erfolgen hätten, das Festhalten an überhöhten Spannen in einzelnen Wirtschaftszweigen infolge von Absprachen und die überhöhte Preisfestsetzung in jenen

[6]) Werner Hofmann: „Die säkulare Inflation", Dunker & Humblot, Berlin, 1962.

Fällen, wo eine entsprechende Marktmacht es gestattet, tragen in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichem Gewicht zum Krankheitsbild der schwindenden Kaufkraftstabilität bei. Im Gegensatz zur oben skizzierten Lohninflation bezeichnet man dieses Feld als „sellers' inflation".

Im Lebenshaltungskostenindex bzw. in den verschiedenen Preisindizes kommt die „sellers' inflation" ebenso wie die Kosteninflation in verschiedener Weise zum Ausdruck. Am einfachsten liegt der Fall bei den Preiserhöhungen, wie z. B. bei vielen Obst- und Gemüsepreisen am Anfang der Sommersaison oder bei Preiserhöhungen, die im Gefolge höherer Importpreise einer Korrektur unterzogen werden mußten. Der psychologische Effekt solcher Preiserhöhungen überwiegt oft die durch die Teuerung entstandene tatsächliche Mehrbelastung der Haushaltsbudgets der Bevölkerung.

Bei den technischen Artikeln aller Art stellt die Preiserhöhung im Zuge der Qualitätsverbesserung ein besonders umstrittenes Element dar. Soweit es sich um wesentliche technische Verbesserungen einzelner Güter handelt, besteht keine Veranlassung, den höheren Preis mit einem inflationären Beigeschmack zu versehen. Mitunter wird aber die technische Substitution zum Vorwand genommen, Preiserhöhungen zu begründen. Geringfügige Änderungen an einem Modell werden manchmal von erheblichen Verteuerungen begleitet. Hier einen Wandel zu schaffen, ist Aufgabe des Wettbewerbs, der beispielsweise Produzenten, die das Nettogewicht einer verpackten Ware bei gleichbleibendem Preis vermindern oder die Änderung unwesentlicher Bestandteile eines technischen Artikels zum Vorwand nehmen, die Preise drastisch hinaufzusetzen, auf den Boden der Preisstabilität zurückbringen muß.

Noch komplizierter liegen die Dinge dort, wo entscheidende Preisherabsetzungen oder Qualitätsverbesserungen im Sinn der Aufrechterhaltung oder Konservierung der Betriebs- oder Wirtschaftsstruktur verhindert werden. Analog zum „feather-bedding" der Gewerkschaften oder dem Horten von Arbeitskräften durch die Betriebe, das unnötig hohe Betriebskosten verursacht, gibt es auch ein „feather-bedding" der Wirtschaft. Ist der Betrieb infolge seiner Größe, eines Monopols oder anderer Machtstellungen groß genug, um ein solches „feather-bedding" zu erzwingen, so kann die Preisinflation schon auf betrieblicher Ebene den Ausgang nehmen. Sonst sorgen andere Absprachen oder die Macht der Verbände [7]) dafür, den Druck zur Rationalisierung, Umstellung und Verbilligung auf „Sparflamme" zu halten.

[7]) Emmette S. Redford: „Potential Public Policies to deal with Inflation caused by market Power", Printed for the use of the Joint Economic Committee, Dec. 11, 1959, U.S. Government Printing Office, Washington:
"The inadequacies of internal corrective forces, the ineffectiveness of demand-limiting controls of monetary and fiscal types as restraints upon sellers' inflation, the imperfections of antitrust law and ineffectiveness of antitrust enforcement, and the unlikelihood of general retreat from price-prop and price-protective policies probably account for the recent suggestions for public consideration of wage and price increases."

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ERKLÄRUNGEN

Betrachten wir einige Erklärungen, warum der Kaufkraftschwund toleriert oder sogar vielleicht absichtlich erzeugt worden ist:

„Europa hat also mit eigener Inflation geholfen, um die vorhergegangene amerikanische Inflation auszugleichen . . . Der Eindruck ist berechtigt, daß diese opfervolle Hilfe Europas bisher drüben keine genügende Würdigung und Anerkennung gefunden hat, geschweige denn zu der Einsicht führte, daß eine solche ‚Koordinierung der Inflation' keine Dauererscheinung sein kann." [8])

Ist es nicht rührend, wie sehr Europas Wirtschaftspolitiker, das Versagen der Kennedy-Regierung vor Augen, bestrebt waren, durch ein schnelleres Inflationstempo als jenes der USA den Amerikanern zu helfen?

Oder: die schleichende Inflation sei nötig, um Wirtschaftswachstum und Verbrauch in Gang zu halten und Stagnationserscheinungen zu verhindern. Sie könne heute als bewußt konjunkturstimulierendes wachstumsorientiertes Instrument der Wirtschaftspolitik gelten.

Folgt man diesen Gedankengängen, so wird es bald überhaupt kein wirtschaftspolitisches Anliegen mehr geben, das nicht mit schleichender Inflation „gelöst" werden könnte. Hat der Staat zu wenig Geld, um teurer gewordene Investitionen finanzieren zu können? Die schleichende Inflation hilft! Auf dem Wege über steigende Nominallöhne und steigende Nominaleinkommen führt sie den Bürger lautlos in die höhere Steuerprogression. Der Staat bekommt also überproportional hohe Steuereingänge, das Problem ist gelöst. Arbeitslosigkeit? Als Mittel empfiehlt sich ein inflationärer Vorgang, denn durch die neue Geldschöpfung werde der Konsum angeregt, die Nachfrage belebt; dies führe auch zu höherer Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

RESULTAT EINER ZUVIEL VERSPRECHENDEN POLITIK

Der Leser hat längst gemerkt, daß die vorstehenden Sätze nur als Persiflage auf eine unaufrichtige Alibipolitik aufgefaßt werden können. In den meisten Fällen ist die Zuflucht zur schleichenden Inflation nicht eine vorher und bewußt demokratisch beschlossene Aktion, sondern das Ergebnis einer zuviel versprechenden Wirtschaftspolitik, Resultante verschiedener, nicht mehr ganz kontrollierbarer Kräfte, Ausfluß der Tatsache, daß die Schulden des Staates, mit denen er seine Vorhaben finanziert hat, mit dem entwerteten Geld der Obligationäre leicht zurückzuzahlen sind.

Der Vizepräsident der First National City Bank of Chicago, E. A. Lodge, hat erst kürzlich berechnet, daß der Wertschwund der gesamten Schulden der

[8]) „Stabilität koordinieren — Keine internationale Koordinierung der Inflation", in: „Börsen-Zeitung" vom 7. 2. 1963.

USA 275 Mrd. Dollar [9]), also über 1 Bill. DM betragen hat. Dabei können die USA nach wie vor als ein Land mit relativ hoher Preisstabilität gelten. Der Wert des Dollar ist seit dem Jahr 1946 „nur" um 35 Prozent gesunken. Im „long run" kann kein Zweifel daran sein, daß der Staat einen wesentlichen Teil seiner langfristigen, titrierten Schulden mit der Geldentwertung der Obligationeninhaber „bezahlt".

Würde die „Alibipolitik" wenigstens trotz ihrer Unaufrichtigkeit zum Ziele führen, dann könnte sie noch irgendwie hingenommen werden. Das Paradoxe jedoch liegt darin, daß trotz erwiesener negativer Korrelation zwischen hoher Inflationsrate und hohem Wirtschaftswachstum geglaubt wird, das Stimulanz kurzfristiger inflatorischer Strohfeuer stelle etwas wirklich Konstruktives dar. Eine in den „Staff Papers" des Internationalen Währungsfonds erschienene Studie über die Auswirkungen der Inflation auf das Wirtschaftswachstum hat indes auf Grund eingehender Länderuntersuchungen das gegenteilige Resultat gezeitigt. „Die Inflation vermindert die Mittel, welche für die Investitionen in einer Wirtschaft bereitgestellt werden können", ist der zentrale Satz der Schlußfolgerung dieses Berichtes:

> „Inflation diminishes the volume of resources available for domestic investment. Community saving is reduced, and a considerable part of this saving is channeled to foreign rather than domestic investment, while the flow of capital from abroad is discouraged. A substantial part of the reduced flow of resources for domestic investment is diverted to uses which are not of the highest social priority. The apparent profitability of certain short-lived investments leads to distortions in the productive structure which make the economy less adaptable . . ." [10])

Während sich die Erkenntnis verbreitet, daß die schleichende Inflation als Instrument zur Lösung langwieriger Prozesse völlig ungeeignet, ja geradezu in höchstem Maße gefährlich ist, sind die Meinungen über mögliche kurzfristige Wirkungen inflationärer Art nach wie vor geteilt. Immer wieder werden z. B. „Konjunkturspritzen" gefordert, ohne daß die betreffenden Wirtschaftspolitiker in der Lage sind, Bedeckungsvorschläge für solche zusätzlichen Ausgaben zu unterbreiten. Die antizyklische Budget- und Konjunkturpolitik ist an sich solange nicht als inflationär anzusehen, als der wachsenden Verschuldung bei drohendem Konjunkturrückgang ein verstärkter Schuldenabbau, Rückkäufe oder sonstige Tilgungen in Zeiten der Hochkonjunktur gegenüberstehen. Die Praxis mancher Länder hat freilich erwiesen, daß zwar einer aktiven Konjunkturpolitik im Wege zusätzlicher Ausgaben und neuer Staatsaufträge zugestimmt wird, daß man aber einer Einschränkung der Ausgabenwirtschaft in der Hochkonjunktur verständnislos gegenübersteht; selbst dann, wenn das Defizit früherer Jahre eindeutig antizyklisch motiviert gewesen ist. Eine „schleichende Deflation" hat während der Hochkonjunktur niemand ernsthaft verlangt.

STABILITÄT FÜR DIE „HARMLOSEN"

„Das Rezept der Dauerinflation bei kleinem Feuer bietet aber keine Lösung, weil immer größere Injektionen nötig werden und auch die Harmlosesten schließlich das Spiel durchschauen und sich gegen die Geldentwertung zu schützen versuchen." [11])

Man wird im Anschluß an diesen Satz Röpkes die Frage stellen müssen, ob der Versuch der „Harmlosesten" — womit etwa alle Bürger eines Staates gemeint sind, die weder die Möglichkeit haben, sich durch rentable Sachwertinvestitionen zu sichern, oder durch entsprechende „pressure groups" bewerkstelligen können, daß ihre jährlichen Mehrerträgnisse den Prozentsätzen der schleichenden Inflation vorauseilen — sich zu schützen, auch von Erfolg begleitet sein kann.

Sparkassen, Giroverbände und Pfandbriefanstalten haben sich in den letzten Jahren da und dort zum Anwalt dieser „Harmlosen" gemacht, ohne daß es ihnen freilich gelungen wäre, ihren Klienten Substanzerhaltung und entsprechende Verzinsung zu sichern. Der Zinssatz für Spareinlagen liegt in vielen Ländern nur mehr ganz geringfügig über der Rate der säkularen Inflation; zeitweilig rutscht er selbst in Mitteleuropa darunter.

Selbst jene Gruppen, die in der Ära der schleichenden Inflation eine Verbesserung ihres Realeinkommens erzielt haben, sollten sich die Frage stellen, ob das Plus, das bei der Gegenüberstellung von Inflationsrate und Nominaleinkommen zugunsten des letzteren verbleibt, auch ohne Inflation nicht hätte ebenso groß, ja vielleicht größer sein können als das tatsächlich erzielte. Solche Überlegungen werden aber aus sehr gegenteiligen Motiven nicht ernsthaft angestellt. Einerseits ist man zufrieden, dem Individuum genügt sehr oft der bescheidene Zuwachs an Realeinkomen. Andererseits sind vehemente Kräfte drauf und dran, das Maximum an Wohlstand mit einem Minimum an Aufwand und Zeit erzielen zu wollen. Da diese Methode aber nur insoweit zum Ziele führt, als hinter ihr reale Anstrengungen stehen, wird dieser „Drang nach mehr" von schleichender Inflation begleitet.

Sollte sich der Eindruck verbreiten, daß die Verantwortlichen die schleichende Inflation weiterlaufen lassen, dann werden sich vermutlich die Versuche verschiedener Betroffener häufen, den nachteiligen Wirkungen zu entrinnen. Eine Abwehr solcher einmal in Gang gekommener Aktionen und Postulate wird durch die Methode des Gesundbetens nicht mehr zu bewerkstelligen sein. Was sich aus einer massiveren Notwehr der „Harmlosen" entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

---

9) „Wachstum durch Verschuldung", in: „Der Volkswirt", Frankfurt, 2. August 1963, S. 1736.

10) Graeme S. Dorrance: „The Effect of Inflation on Economic Development", Reprinted from the March 1963 issue of the International Monetary Fund „Staff Papers".

11) Prof. Röpke: „Der Kampf gegen die Inflation unserer Zeit", in: „Neue Zürcher Zeitung", Nr. 107 vom 20. 4. 1963 (Deutsche Bundesbank / Auszüge aus Presseartikeln Nr. 33, 26. 4. 1963).